

A n t r a g

der Fraktion der AfD

Einsatzstopp für mRNA-Impfstoffe – Unbedenklichkeit nachweisen, Geschädigte unterstützen

- I. Der Landtag stellt fest, dass
 1. die Zulassungsstudien der im Zusammenhang mit dem SARS-CoV-2-Virus eingesetzten mRNA-Impfstoffe unzureichend sind;
 2. die Einführung von mRNA-Impfstoffen unter einem politisch verursachten hohen Zeitdruck und unter Auslassung etablierter Sicherheitsauflagen erfolgte;
 3. die Wirksamkeit der neuartigen mRNA-Impfstoffe bisher nicht erwiesen ist;
 4. zahlreiche namhafte Wissenschaftler, Mediziner und Politiker weltweit vor dem Einsatz der momentan verfügbaren mRNA-Impfstoffe warnen;
 5. die vorschnell in der Bevölkerung angewendeten, experimentellen mRNA-Impfstoffe nachweislich eine hohe Anzahl auch schwerer Nebenwirkungen bis hin zum Tod zur Folge hatten;
 6. die Nebenwirkungen und schädlichen Folgen der eingesetzten, experimentellen mRNA-Impfstoffe bis heute öffentlich heruntergespielt, ignoriert und geleugnet werden;
 7. die medizinische Versorgung von durch die mRNA-Impfstoffe Geschädigten unzureichend ist;
 8. Betroffene dringend Unterstützung benötigen;
 9. die Landesregierung sich bis heute nicht für eine sachliche Aufklärung und Information der Bevölkerung über die Risiken der verfügbaren mRNA-Impfstoffe eingesetzt hat und damit eine erhebliche Mitschuld und Verantwortung trägt für das vermeidbare Leid vieler zuvor überwiegend gesunder Bürger des Landes, die in diesem Zusammenhang gesundheitliche Schäden erlitten haben.
- II. Die Landesregierung wird aufgefordert,
 1. festzustellen, dass die bisher verfügbaren mRNA-Impfstoffe risikobehaftet sind sowie Verantwortung für den von ihr ausgeübten Impfdruck und die von großen Teilen der Bevölkerung als propagandistisch und irreführend empfundene öffentliche Bewerbung der neuartigen Impfstoffe zu übernehmen;
 2. darauf hinzuwirken, dass die Verwendung der bereits zugelassenen mRNA-Impfstoffe in Thüringen beendet wird;
 3. sich dafür einzusetzen, dass sämtliche behördliche Zulassungen und Empfehlungen von mRNA-Impfstoffen vorerst zurückgenommen werden und keine weiteren Impfstoffe auf Basis der mRNA-Technologie zugelassen werden, bis eine ausreichende Daten- und Studiengrundlage, insbesondere in Form von Langzeitbeobachtungen, vorliegt;

4. jegliche weitere Werbung für den Einsatz von momentan verfügbaren mRNA-Impfstoffen zu unterlassen;
5. eine umfassende Datenlage bezüglich der gesundheitlichen Folgen und Nebenwirkungen der bisher eingesetzten mRNA-Impfstoffe herzustellen und eine unabhängige Auswertung dieser zu beauftragen;
6. sich mit geeigneten Mitteln dafür einzusetzen, dass die bisher zugelassenen mRNA-Impfstoffe nach § 5 des Arzneimittelgesetzes aus dem Verkehr gezogen werden;
7. sich auf Bundesebene für eine sofortige Streichung der mRNA-Impfstoffe als Regelleistung für gesetzlich krankenversicherte Personen und für die Herausnahme der mRNA-Impfstoffe aus der Richtlinie des Gemeinsamen Bundesausschusses über Schutzimpfungen und für den sofortigen Stopp des Einsatzes dieser Produkte einzusetzen;
8. sich dafür einzusetzen, dass die Anerkennungskriterien für durch die mRNA-Impfstoffe verursachte Schäden überarbeitet werden, sodass eine Anerkennung typischer Schädigungen, beispielsweise durch die Einführung einer Vermutungsregel, vereinfacht erfolgen kann;
9. sich dafür einzusetzen, dass eine Ziffer im Einheitlichen Bewertungsmaßstab für die Behandlung von durch mRNA-Impfstoffe verursachte Schäden geschaffen wird;
10. die Abläufe und Anforderungen an die Nachweisführung für die Anerkennung eines Impfschadens durch das Landesverwaltungsamt zu vereinfachen, sodass eine Anerkennung schneller erfolgen kann;
11. sich für eine Senkung der bürokratischen Hürden bei der Beantragung von Therapien und gesundheitlichen Rehabilitationsmaßnahmen einzusetzen;
12. mehr finanzielle Mittel für die Unterstützung von Impfgeschädigten bereitzustellen;
13. den Aufbau einer auf die Diagnose und Therapie von Impfkomplicationen spezialisierten Post-Vac-Ambulanz am Universitätsklinikum Jena voranzutreiben;
14. die medizinische Versorgung von Impfgeschädigten durch die Einrichtung einer mobilen Post-Vac-Ambulanz zu verbessern;
15. eine erste Anlaufstelle für Betroffene durch die Einrichtung einer Telefon-Hotline zu schaffen;
16. eine breit angelegte Informationskampagne zu starten, um die Öffentlichkeit und insbesondere auch die Ärzteschaft über die Nebenwirkungen und Risiken der neuartigen mRNA-Impfstoffe aufzuklären;
17. einen Bericht über das Ausmaß der in Thüringen erfolgten Schädigungen durch die mRNA-Impfstoffe vorzulegen.

Begründung:

Die massenhafte Anwendung von neuartigen mRNA-Impfstoffen stellt einen beispiellosen medizinischen Feldversuch dar. Die mRNA-Technologie wurde nie zuvor in großem Maßstab eingesetzt und die Langzeitfolgen sind bisher unbekannt. Die Funktionsweise ähnelt der von Gentherapien und unterscheidet sich von dem Wirkprinzip herkömmlicher Impfstoffe.

Die experimentellen mRNA-Impfstoffe wurden seit ihrer Markteinführung, die im Rahmen einer bedingten vorläufigen Zulassung erfolgte, von Vertretern aus Medizin und Wissenschaft stark kritisiert. Die Zulassungsstudien für mRNA-Impfstoffe wurden unter großem Zeitdruck durchgeführt,

Langzeitstudien wurden abgekürzt beziehungsweise vorzeitig abgebrochen und Medien berichten über Unregelmäßigkeiten bei den klinischen Zulassungsstudien sowie über politischen Druck auf die Europäische Arzneimittel-Agentur. In den von mutigen Journalisten veröffentlichten Protokollen des Krisenstabs des Robert Koch-Instituts findet sich die Feststellung, dass „relevante Daten“ zu den Impfstoffen erst „Post-Marketing“, also nach dem Inverkehrbringen der Produkte, vorliegen würden.

Unabhängige Analysen weisen auf gravierende Sicherheitsbedenken hin: Die Lipid-Nanopartikel, die die mRNA verpacken, lösen in Tierversuchen Entzündungsreaktionen aus und stehen im Verdacht, für schwerwiegende Nebenwirkungen wie Myokarditis verantwortlich zu sein. Zudem sind viele der Produkte mit DNS-Resten verunreinigt, sodass zu befürchten ist, dass in Einzelfällen Fremd-DNS in das Erbgut der Patienten eingebaut werden kann. Studien zeigen zudem, dass die verwendete modifizierte mRNA in Zellen zu sogenannten Frameshift-Fehlern führen kann, ein Effekt, der zur Bildung von fehlerhaften Proteinen im Körper führt.

Neuere Studien zeigen, dass das durch die neuartigen COVID-19-Impfstoffe erzeugte sogenannte Spike-Protein, der schädlichste Teil des SARS-CoV-2-Virus, entgegen den Behauptungen der Hersteller in einigen Fällen noch über mehrere Monate nach Verabreichung im Körper feststellbar ist. Seit Februar 2025 sind in der Europäischen Union erste neuartige Impfstoffe auf Grundlage der sa-mRNA-Technologie zugelassen, dabei handelt es sich um selbst-amplifizierende Stoffe, die dafür gedacht sind, den Körper die zugeführte mRNA über einen noch längeren Zeitraum reproduzieren zu lassen. Verlässliche Daten zur Sicherheit und Wirksamkeit dieser Stoffe sind nicht verfügbar, die langfristigen Auswirkungen auf den menschlichen Körper sind unbekannt.

Der Wirkmechanismus der neuartigen mRNA-Impfstoffe ist kaum untersucht, zudem schützen diese im Fall der Corona-Impfstoffe nicht vor einer Infektion und Erkrankung mit COVID-19. Trotz offizieller Beteuerungen der Ungefährlichkeit von mRNA-Impfstoffen häufen sich Berichte über schwerwiegende Impfschäden: Herzmuskelentzündungen, neurologische Störungen und Autoimmunreaktionen wurden in Studien und Meldesystemen zahlreich dokumentiert. Bei vielen Betroffenen ist das sogenannten Post-Vac-Syndrom zu beobachten, über das in den letzten Monaten auch in den Medien, zuweilen sogar von den öffentlich-rechtlichen Sendern, berichtet wurde. Die von Politik und Behörden oft wiederholte Behauptung, diese Nebenwirkungen seien selten oder mild, ignoriert das Leid Tausender Betroffener, deren erhebliche Gesundheitsprobleme und immense Beeinträchtigungen heruntergespielt werden. Ungeachtet des bereits erzeugten Leids werden weitere mRNA-Impfstoffe entwickelt und für die Markteinführung vorbereitet.

Betroffene von Impfschädigungen und von Post-Vac werden von Medizinern und Behörden regelmäßig nicht ernstgenommen oder stoßen gar auf Ablehnung. Der Leidensdruck dieser Personen, die mitunter stark in ihrem alltäglichen Leben eingeschränkt sind, ist aufgrund der großen Forschungs- und Versorgungslücke hoch. Der Bedarf an Diagnostik und zielgerichteten Therapien für Betroffene ist dementsprechend groß. Betroffene bekommen keine ausreichende medizinische Betreuung, deutschlandweit gibt es nur wenige spezialisierte Ambulanzen, deren Wartelisten übertoll sind. Krankenkassen übernehmen nicht die Kosten für die teilweise sehr aufwändigen und teuren Therapien. Die behördlichen Statistiken zeigen, dass Impfschäden kaum anerkannt werden, und es häufen sich Berichte über Betroffene, die eine Anerkennung

kostspielig und langwierig einklagen müssen. Die Einrichtung von Post-Vac-Ambulanzen und die Einführung einer Vermutungsregel für Impfschäden ist überfällig, um Betroffene endlich angemessen medizinisch zu versorgen und finanziell zu entschädigen.

Die Landesregierung steht hier in der Pflicht, Verantwortung für die entstandenen Schäden zu übernehmen, die Bürger vor weiterem Schaden zu schützen, den Betroffenen umfassend und schnell zu helfen und das Ausmaß der Schädigungen transparent zu machen.

Für die Fraktion:

Muhsal